

Betriebliche Sozialpolitik im historischen Systemvergleich

Die Volkswagen AG und das IFA Kombinat Pkw von den 1950er bis in die 1980er Jahre

Bearbeiter: Rüdiger Gerlach

Das von der Volkswagen AG, Bereich Historische Kommunikation als Ivan-Hirst-Stipendium finanzierte Promotionsvorhaben wird am Beispiel eines der führenden Automobilunternehmen der Bundesrepublik und des PKW-Kombinats der DDR der betrieblichen Sozialpolitik in systemvergleichender Perspektive nachgehen.

Es sollen erstens die Intentionen und erreichten Ergebnisse beim Ausbau bzw. Abbau betrieblicher Sozialleistungen untersucht werden. Es ist der Frage nachzugehen, inwieweit in den beiden Unternehmen bzw. in der DDR in den zentralen wirtschaftslenkenden Instanzen in den verschiedenen Zeitabschnitten eher wirt-

schaftliche oder eher soziale Motive für die betriebliche Sozialpolitik entscheidend waren und in welchem Verhältnis diese Intentionen zueinander standen. Darüber hinaus ist nach den verschiedenen Akteuren und ihren Interessen in diesen Prozessen zu fragen.

Zweitens ist transfergeschichtlich zu untersuchen, inwieweit das Vorgehen in den beiden Unternehmen wechselseitig beobachtet und möglicherweise Elemente des jeweils anderen übernommen wurden.

Und drittens sind schließlich die Systemspezifika der betrieblichen Sozialpolitik herauszuarbeiten.

Die für die DDR-Gesellschaft oft konstatierte Betriebszentriertheit ist in erster Linie eine Folge des beträchtlichen Ausbaus der betrieblichen Sozialpolitik, die dort überwiegend auf Grund staatlicher Festlegungen geleistet wurde. Schließlich befanden sich die Betriebe faktisch auch in staatlichem Eigentum. In diesem Zusammenhang ist näher zu untersuchen, inwieweit das Verhältnis von staatlicher und betrieblicher Sozialpolitik in den beiden Unternehmen tatsächlich systembedingt war. Darüber hinaus ist die These zu prüfen, inwieweit die Unterschiede im Umfang der betrieblichen Sozialleistungen auf die Rentabilitätsorientierung eines marktwirtschaftlichen Unternehmens und den Planerfüllungszwang bei weicher Budgetrestriktion eines DDR-Kombinats zurückzuführen war.

Kontakt:

gerlach@zzf-pdm.de

MfS und „Ausreiser“ in den 1970er und 1980er Jahren.

Eine mikrohistorische Vergleichsstudie im Kreis Halberstadt und in der Bezirksstadt Potsdam

Bearbeiterin: Dr. Renate Hürtgen

Das stete Begehren von DDR-Bürgern, das Land zu verlassen, charakterisiert die DDR als „geschlossene Gesellschaft“, in der sich die „Landeskinder“ diversen Grenzziehungen gegenübersehen, sich mit ihnen arrangierten, sie akzeptierten, ablehnten oder zu durchbrechen suchten. Eine Art und Weise der Grenzüberschreitung, welche angesichts der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch die Regierung seit Mitte der 1970er Jahre von immer mehr Menschen einer riskanteren Flucht vorgezogen wurde, war die „Antragstellung auf Ausreise aus der DDR“.

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt richtet seine Aufmerksamkeit auf die Vorgänge im lokalen Raum, auf die alltäglichen Verästelungen von Repression, „Rückgewinnung“ und Isolation der Antragsteller in den 1970er und 1980er Jahren in Halberstadt und Potsdam. Es wird einerseits nach der Herrschaftspraxis im territorialen „Mikrokosmos der Macht“ gefragt, namentlich nach der des MfS, nach dem Umgang der lokalen Funktionäre mit den Antragstellern. Andererseits stehen der Typus des „Ausreisers“, seine Herkunft, Sozialisation, seine kulturellen Prägungen und Ausreisemotive sowie das gesellschaftliche Umfeld, die sogenannte Mehrheitsgesellschaft, und deren Verhältnis zur antragstellenden Minderheit im Zentrum der Untersuchung.



Protestaktion eines Ausreisewilligen am Berliner Grenzübergang Bornholmer Straße, 7. Oktober 1988

(Foto: BStU)

Das Projekt versteht sich als Beitrag, die Verhältnisse in der DDR als Herrschaftsverhältnisse im lokalen Raum zwischen 1975 und 1989 in seiner Vielfalt zu erfassen. Mit dem sozialen Umfeld der Antragsteller, in welchem die verschiedensten Verhaltensweisen auf einander trafen, lassen sich beispielhaft Fragen nach den Bindungskräften und den Instabilitäten des Lebens in der DDR thematisieren. Die Untersuchung zielt damit auf die Bedeutung von angepasstem und unangepasstem Leben für den Bestand der DDR ebenso wie auf die Ursachen für deren zunehmende Ineffektivität und Erosion, welche schließlich den Untergang beschleunigten.

Das Projekt ist ein Kooperationsvorhaben mit der im Forschungsbereich der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) entwickelten Regionalstudie

im Kreis Halberstadt zu „Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus“ und wird durch einen Vergleich mit der Bezirksamt Potsdam erweitert.

Kontakt:

huertgen@uni-potsdam.de